



3. TÄTIGKEITSBERICHT

Institut für Energie-, Umwelt- und Seerecht

April 2024 – April 2025



INHALTSVERZEICHNIS

1. Das Institut	2
1.1 Zielsetzung	2
1.2 Leitung und Team	2
1.3 Abgeschlossene Promotionen	4
1.4 Abschiede	5
2. Tätigkeiten.....	6
2.1 Laufende Forschungsprojekte	6
2.2 Wissenschaftliche Politikberatung	8
2.3 Rechtsgutachten und öffentliche Anhörungen	10
2.4 Eingeworbene Drittmittel	11
2.5 Stipendien.....	11
2.6 Forschungsaufenthalte und sonstige Aufenthalte.....	12
2.7 Studiengang Rechtswissenschaften: Schwerpunkt „Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht“	12
2.8 European Moot Court Environmental Law (EMCEL)	13
2.9 Veranstaltungen.....	15
2.10 Neuerscheinungen.....	17
3. Publikationen und Vorträge 4/2024 – 3/2025	18
4. Ausblick.....	23
5. Anhang	24

1. DAS INSTITUT

Das am 1.10.2021 von der Universität Greifswald gegründete Institut für Energie-, Umwelt- und Seerecht (IfEUS) ist ein Institut der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (sog. In-Institut). Als unabhängige Forschungseinrichtung wird es von dem Förderverein Energie-, Umwelt- und Seerecht e. V. in Forschung und Lehre finanziell und ideell unterstützt.

Geschäftsführende Direktorin des Instituts ist Prof. Dr. Sabine Schlacke. Die zweite Direktor:innenposition ist derzeit vakant.

1.1 ZIELSETZUNG

Ziel des IfEUS ist die Begleitung und Weiterentwicklung des deutschen, europäischen und internationalen Energie-, Umwelt- und Seerechts. Im Vordergrund steht die rechtswissenschaftliche Analyse und Bewertung aktueller Herausforderungen, wie der Transformation des Energie-, Wirtschafts-, Gesundheits- und Gesellschaftssystems hin zu einem klimaneutralen und nachhaltigen System. Um die Bewältigung dieser Herausforderungen weder ausschließlich künftigen Generationen aufzubürden, noch lediglich in andere Bereiche zu verschieben, ist die Entwicklung übergreifender Leitbilder, Konzepte und Instrumente unerlässlich, um ganzheitlich und nachhaltig Energie-, Wirtschafts-, Gesundheits-, Gesellschafts- und Umweltsysteme fortzuentwickeln.

Im Institut werden rechtswissenschaftliche Fragestellungen mit teils interdisziplinären Bezügen sowie Bezügen zur Rechtspraxis bearbeitet. Der Fokus liegt hierbei auf

- der Grundlagenforschung zum Klimaschutz- und -anpassungsrecht,
- der rechtswissenschaftlichen Begleitung der Energiewende,
- Rechtsfragen des Infrastrukturausbaus (On- und Offshore),
- Information und Beteiligung der Öffentlichkeit sowie Zugang zu Rechtsschutz,
- Biodiversitätsschutz, auch jenseits nationaler Jurisdiktion,
- Rechtsfragen der Verzahnung von Gesundheits- und Umweltsystemen und
- dem Einsatz auf digitaler und künstlicher Intelligenz basierenden Technologien bei umweltrechtlicher Entscheidungsfindung.

1.2 LEITUNG UND TEAM



GESCHÄFTSFÜHRENDE DIREKTORIN

Prof. Dr. Sabine Schlacke
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
insb. Verwaltungs- und Umweltrecht

sabine.schlacke@uni-greifswald.de



HONORARPROFESSOR
Prof. Dr. Michael Sauthoff
Institut für Energie-, Umwelt und
Seerecht

sauthofm18@uni-greifswald.de



SEKRETARIAT
Jana Prieß

jana.priess@uni-greifswald.de

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER:INNEN



Catharina Caspari, M.A.

catharina.caspari@uni-greifswald.de



Johann Glawe

johann.glawe@uni-greifswald.de



Tim Heidler

tim.heidler@uni-greifswald.de



Eva Linde

eva.linde@uni-greifswald.de



Christoph Plate

christoph.plate@uni-greifswald.de



David Plattner

david.plattner@uni-greifswald.de



Frederick Qasem

frederick.qasem@uni-greifswald.de



Eva-Maria Thierjung

eva-maria.thierjung@uni-greifswald.de



Florian Unfried

florian.unfried@uni-greifswald.de



Nina Wander

nina.wander@uni-greifswald.de

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE



Diana Geilus
Henriette Held
Sarah A. Kastner
Arthur Leisner
Ronja Mähringer
Nela Meißner
Tilman Mundt
Lennart Puppel
Melina Thomzik

1.3 ABGESCHLOSSENE PROMOTIONEN

ABGESCHLOSSENE PROMOTIONEN

Frau Prof. Dr. Sabine Schlacke betreute folgende Promotionen:

- **Dahmen, Ursula**
Doppelte Innenentwicklung im Städtebaurecht, Nomos, 2024;
- **Greb, Sina**
Instrumente zur Bekämpfung der Warenvernichtung – Eine Untersuchung der Steuerungswirkung neuartiger Lösungsansätze im nationalen Kreislaufwirtschaftsrecht und auf unionsrechtlicher Ebene, Duncker & Humblot, 2025;
- **Heusinger von Waldegge, Lucas**
Städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Bauleitplanung und Vorhabenzulassung. Eine Untersuchung am Beispiel von Einzelhandels- und Zentrenkonzepten, Lexxion, 2024;
- **Jürschik, Ulrike**
Suffizienz und Recht – Suffizienz als transformatives Schlüsselkonzept für die Rechtsordnung, Mohr Siebeck, 2024;
- **Unverzagt, Katharina**
Umweltschutz im Grundgesetz – Über die Notwendigkeit eines Umweltgrundrechts, Nomos, 2024;
- **Vetter, Lennart**
Die vorausschauende Planung – Ein Konzept nicht nur für den Energieleitungsausbau, Lexxion, 2025;
- **Wentzien, Helen**
Infrastrukturvorhabenzulassung durch Gesetz, Nomos, 2024;
- **Wiemann, Arno**
Der Begriff „Grundzüge der Planung“ im Bauplanungs- und Raumordnungsrecht, Lexxion, 2024.



1.4 ABSCHIEDE

Wissenschaftliche Mitarbeitende

Dr. Matti Gurreck

Lucas Hennicke

Studentische Hilfskräfte

Francesca Grübner

Simon Nagy

Rebecca Neidhardt

Stefanie Spielhaupter

Franka Stroteich

2. TÄTIGKEITEN

2.1 LAUFENDE FORSCHUNGSPROJEKTE

Das IfEUS arbeitet an einer Reihe von Drittmittelprojekten, die teils in größere Verbundprojekte integriert und teils interdisziplinär ausgerichtet sind.

KOPERNIKUS-PROJEKT ARIADNE: Der rote Faden durch die Energiewende (Ariadne II)

Das Ariadne-Projekt¹ hat sich mit seinen mehr als 25 Institutionen und über 100 Wissenschaftler:innen das Ziel gesetzt, Wege durch die komplexe Energiewende aufzuzeigen. Ariadne erforscht Energiewende-Strategien sowie deren systematische und sektorale Wechselwirkungen. Das Projekt geht gezielt auf Entscheidungsprobleme der Politik ein und bindet von Anfang an Vertreter:innen aus Politik und Wirtschaft sowie die Öffentlichkeit mit ein. So werden zielführende Maßnahmen und Optionen für die Politik erarbeitet und diese mittels Policy Briefs, Themendossiers, Hintergrundpapieren, Visualisierungen und interaktiven Anwendungen zur Verfügung gestellt.

Das Ariadne-Projekt ist mittlerweile in die zweite Förderphase eingetreten. Am IfEUS wird für weitere drei Jahre zum evidenzbasierten Assessment für die Gestaltung der deutschen Energiewende geforscht. Damit konnte sich die Universität Greifswald auch in der zweiten Förderphase im Kreis der Projektpartner:innen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Kopernikus-Verbundprojekts „Ariadne“ behaupten.

KOMPETENZNETZWERK

„ZUKUNFTSHERAUSFORDERUNGEN DES UMWELTRECHTS“ (KomUR II)

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert seit 2020 im Rahmen des Förderprogramms Forschung (FONA) das Kompetenznetzwerk „Zukunftsherausforderungen des Umweltrechts“ (KomUR)². Ziel ist eine Vernetzung der deutschen Umweltrechtsforschung im In- und Ausland durch Workshops, Konferenzen, Forschungsaufenthalte und Publikationen. Es werden 14 umweltrechtliche Promotionen an sechs deutschen Universitäten unterstützt, die sich mit umweltrechtlichen Grundlagenfragen zu den Themen Biodiversität, Boden, Energie, Klimaschutz und –anpassung, Kreislaufwirtschaft, Lärm und Wasser befassen. Vonseiten der Promovierenden des Projekts wurde zudem der Blog umweltimrecht.blog³ ins Leben gerufen.

Prof. Dr. Sabine Schlacke ist als Partnerin im Projekt involviert. Die erste Phase des Projekts, die die Promotionen von Janna Ringena und Lucas Hennicke von 2020 bis 2022 unterstützte, ist abgeschlossen. Aufgrund positiver Erfahrungen wurde eine zweite Phase eingeleitet, die von 2023 bis 2026 läuft. Die beteiligten Professor:innen sind unverändert. Insgesamt werden 13 Doktorand:innen im Rahmen des Projekts gefördert, darunter u. a. die Promotionen von Tim Heidler und Eva-Maria Thierjung.

STÄNDIGE SENATSKOMMISSION FÜR

GRUNDSATZFRAGEN DER BIOLOGISCHEN VIELFALT (SKBV)

Die Ständige Senatskommission für Grundsatzfragen der biologischen Vielfalt (SKBV)⁴ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bereitet als interdisziplinäres Expert:innenforum neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur Biodiversitätsforschung hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen und politischen Bedeutung auf. Bei themenspezifischen Fragestellungen wird sie durch mehrere Arbeitsgruppen, namentlich durch die Arbeitsgruppe „Access and Benefit-Sharing“ (AG ABS)⁵ und die Arbeitsgruppe „Biological

¹ Abrufbar unter: <https://ariadneprojekt.de/>.

² Abrufbar unter: <https://www.ufz.de/komur/>.

³ Abrufbar unter: umweltimrecht.blog.

⁴ Abrufbar unter: https://www.dfg.de/dfg_profil/gremien/senat/biologische_vielfalt/.

⁵ Abrufbar unter: <https://www.dfg.de/de/dfg-profil/gremien/senat/ausgelaufene-sk/biodiversitaet-arbeitsgruppen#250028>.

diversity of areas Beyond National Jurisdiction“ (AG BBNJ)⁶, unterstützt. Die SKBV tagt halbjährlich und stimmt u. a. über fachliche Stellungnahmen ab, die von den Arbeitsgruppen erarbeitet werden, berät bei der Entwicklung von Leitfäden für die Antragsverfahren der DFG, organisiert themenbezogene Rundgespräche und arbeitet aktuelle politische sowie gesetzgeberische Aktivitäten auf.

Prof. Dr. Sabine Schlacke ist seit der Gründung der SKBV am 1.1.2018 Mitglied und unterstützt zudem die AG ABS, deren Vorsitz sie seit dem 23.5.2022 innehat, bei der Klärung juristischer Fragen, die sich u. a. aus völkerrechtlichen Regelungen zum Schutz der Biodiversität ergeben.

BfN-FORSCHUNGSVORHABEN

„POTENZIALE UND NATURSCHUTZFACHLICHE WIRKUNGEN VON PHOTOVOLTAIK-FREIFLÄCHENANLAGEN AUF LANDWIRTSCHAFTLICH GENUTZTEN MOORBÖDEN“

Das IfEUS arbeitet zusammen mit dem federführenden biota – Institut für ökologische Forschung und Planung GmbH im Rahmen des BfN-Forschungsvorhabens „Potenziale und naturschutzfachliche Wirkungen von Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Moorböden“⁷, welches Grundlagen zur naturschutzfachlichen Bewertung der Flächeneignung für Moor-PV schaffen sowie Ausgestaltungsmöglichkeiten von Moor-PV-Anlagen im Sinne des Natur- und Klimaschutzes unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher, technischer, rechtlicher und sozioökonomischer Anforderungen entwickeln soll.

In Abstimmung mit Moorexpert:innen soll ein naturschutzfachlicher Kriterienkatalog erarbeitet werden, der als Basis für eine deutschlandweite Bewertung bisher entwässerter und landwirtschaftlich genutzter Moorflächen dient, um deren Eignung oder Nicht-Eignung für die Errichtung von PV-Anlagen in Kombination mit einer Wiedervernässung zu bewerten. Daneben werden Kriterien zur Ausgestaltung von Moor-PV-Anlagen erarbeitet und ein Untersuchungskonzept zu den Auswirkungen auf die Moorqualität aus ökologischer Sicht entwickelt. Die rechtlichen und planerischen Umsetzungsmöglichkeiten der erarbeiteten Kriterien werden anschließend aus juristischer Sicht aufgezeigt und erörtert. Abschließend werden Möglichkeiten eines sozioökonomischen Interessenausgleichs für Flächenbewirtschaftung geprüft und Handlungsempfehlungen für die naturschutzfachliche Bewertung von PV-Anlagen auf wiedervernässten Moorböden, die naturverträgliche Ausgestaltung und die Umsetzung erarbeitet und aufgezeigt.

„MoorPower“

NACHHALTIGE UND INNOVATIVE PHOTOVOLTAIK-LÖSUNGEN FÜR WIEDERVERNÄSSTE MOORE

Für eine Laufzeit von Dezember 2024 bis Juni 2028 fördert das BMBF das Forschungsprojekt „Moor-Power“. Neben der Universität Hohenheim sowie dem Johann Heinrich von Thünen-Institut (Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei) sowie weiteren Partner:innen innerhalb der Universität Greifswald beteiligt sich auch das IfEUS an diesem Projekt.

Der Schwerpunkt des Forschungsvorhabens liegt in der Untersuchung der generellen Umsetzbarkeit von Photovoltaikanlagen (Moor-PV) auf Moorböden bei gleichzeitiger Wiedervernässung. Es werden die technischen, ökologischen, sozioökonomischen und juristischen Möglichkeiten und Herausforderung der Kombination von Moorwiedervernässung und Photovoltaik umfassend geprüft. Ziel des Projekts ist auch die Aufstellung von Handlungsempfehlungen für die konkrete Umsetzung von Moor-PV, ggf. in Verbindung mit Paludikulturen (Paludi-PV).

Die rechtlichen und rechtswissenschaftlichen Fragestellungen beziehen sich vorrangig auf die Anlagenkonzeption und die Begleitung der Planungs- und Genehmigungsbehörden bei der Durchführung der entsprechenden Verfahren. Diese soll im Wege der Entwicklung eines

⁶ Abrufbar unter: https://www.dfg.de/dfg_profil/gremien/senat/biologische_vielfalt/.

⁷ Abrufbar unter: <https://www.bfn.de/projektsteckbriefe/potenziale-und-naturschutzfachliche-wirkungen-von-photovoltaik>.

anwendungsorientierten Leitfadens für Kommunen und Genehmigungsbehörden mit Elementen einer effizienten Verfahrensgestaltung erfolgen. Zusätzlich ist der Aufbau einer Datenbank der Inhalts- und Nebenbestimmungen bei Moor-PV-Anlagen mit Empfehlungen für die Best-practise-Anwendung geplant.

“ISOLUME_legal”

IndicatorS Of changing Lightscapes in Underwater Marine Ecosystems – Legal Dimensions

Ziel des ISOLUME-Projekts insgesamt ist, den Einfluss des künstlichen Lichts in der Nacht und der Küstenverdunkelung zu erforschen, die Veränderungen in der marinen Lichtlandschaft bewirken. Mit diesen Erkenntnissen sollen neue Überwachungs- und politische Rahmenbedingungen entwickelt werden, um Ursachen und ökologische Auswirkungen anzugehen. Das Projekt ISOLUME_legal trägt dazu bei, indem die bestehenden rechtlichen Dimensionen analysiert werden und untersucht wird, wie und wo die Faktoren, die die sich verändernden Meereslichtlandschaften beeinflussen, in politische Rahmenbedingungen und Überwachungsprogramme integriert werden können.

Eine Analyse des bestehenden Rechtsrahmens umfasst den Schutz der Meeresumwelt in Bezug auf die durch Lichtlandschaften verursachte Verschmutzung im Mehrebenensystem. Hier sind globale Übereinkommen (UNCLOS, BBNJ, Londoner Protokoll, CBD etc.), regionale Übereinkommen (OSPAR, HELCOM, Barcelona-Übereinkommen), das Recht der Europäischen Union (Meeresstrategie- und Wasserrahmenrichtlinie, Richtlinie zur maritimen Raumplanung, Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Nitratrichtlinie) und Bundesgesetze (WHG, BNatSchG, WindSeeG) zu untersuchen. Zudem werden aktuelle Rechtsprechung, Planungsprozesse und Genehmigungsverfahren berücksichtigt.

Auf dieser Basis sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen überprüft und politische Perspektiven entwickelt werden, die verfassungs- und europarechtskonform sind.

2.2 WISSENSCHAFTLICHE POLITIKBERATUNG

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN (WBGU)

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)⁸ wurde 1992 von der deutschen Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium eingerichtet und besteht aus neun Mitgliedern, die jeweils für vier Jahre vom Bundeskabinett berufen werden. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzieren den Beirat gemeinsam und teilen sich die Federführung. Hauptaufgaben des WBGU sind u. a. globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu analysieren, Handlungs- und Forschungsempfehlungen zu erarbeiten und durch Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein für Probleme des globalen Wandels zu fördern.

Prof. Dr. Sabine Schlacke wurde am 1.11.2024 erneut als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) berufen. Die Berufung für die neunte Amtsperiode des Beirats gilt vom 1.11.2024 bis zum 31.10.2028.

Im April 2024 hat der WBGU das Politikpapier „Biodiversität: Jetzt dringend handeln für Natur und Mensch“ veröffentlicht. Prof. Dr. Sabine Schlacke ist hierbei ebenfalls als Mitautorin beteiligt. Der WBGU kommt hierin zu dem Schluss, dass der Mensch nur gesund leben kann, wenn gesunde Ökosysteme nachhaltig überlebenswichtige Leistungen erbringen. Dies setzt den erfolgreichen Schutz von Klima und Biodiversität voraus. Der Beirat erkennt für Biodiversität ein Gelegenheitsfenster in dem Kunming-

⁸ Abrufbar unter: <https://www.wbgu.de/de/>.

Montreal Globale Rahmenabkommen (GBF) zusammen mit dem neuen UN-Abkommen zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See (BBNJ).

Im Oktober 2024 wurde das neue WBGU Hauptgutachten mit dem Titel „Wasser in einer aufgeheizten Welt“ veröffentlicht, an dem Prof. Dr. Sabine Schlacke als Mitautorin beteiligt war. Kernaussage des Gutachtens ist, dass sich die nationale und internationale Wasserpolitik auf fortschreitende und beschleunigte Veränderungen im globalen Wasserkreislauf einstellen und hierauf schnell und umfassend reagieren muss. Angesichts weltweit zunehmender Wassernotlagen ist das Thema Wasser höher auf die internationale politische Agenda zu setzen, klimaresiliente Wassermanagementsysteme regional und lokal zu etablieren sowie die Wissenschaft für ein klimaresilientes Wassermanagement zu stärken.



© WBGU

Im Januar 2025 hat der WBGU zudem den Policy Brief: „Empfehlungen für die internationale Wassergovernance“⁹ veröffentlicht, der sich nochmals auf eine Kernbotschaft des WBGU Hauptgutachtens „International Verantwortung übernehmen – Internationale Wasserstrategie entwickeln“ fokussiert.

WISSENSCHAFTSPLATTFORM KLIMASCHUTZ (WPKS)

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) haben im Juni 2019 erstmals die Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS)¹⁰ errichtet. Im Juli 2024 startete das Politikberatungsgremium in seine zweite Arbeitsphase und setzt dabei thematische Arbeitsschwerpunkte auf die Anpassung an den Klimawandel, die Dekarbonisierung des Gebäudebereichs, die CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre und -Speicherung sowie die Klima-Governance im Mehrebenensystem und Klimaföderalismus.



© bundesfoto, Laurin Schmid

Die Verpflichtungen aus den nationalen und europäischen Klimazielen und dem Pariser Übereinkommen stellen die Bundesregierung mittel- und langfristig vor große Herausforderungen. Drängende Aufgaben sind insbesondere die Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms bis 2030 und der deutschen Langfriststrategie zum Klimaschutz sowie des Klimaschutzplans 2050. Vor diesem Hintergrund besteht Bedarf an einer kontinuierlichen, wissenschaftsbasierten und wissenschaftlichen Expertise. Diesen Beitrag hat die Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS) bereits in einer ersten Periode von 2019 bis 2023 geleistet.

Auf der gemeinsamen Auftaktveranstaltung von BMBF und WPKS im November 2024 wurden die Mitglieder des neuen Lenkungskreises begrüßt: Prof. Dr. Ottmar Edenhofer (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, PIK), Prof. Dr. Ing. Holger Hanselka (Fraunhofer-Gesellschaft und Karlsruher Institut für Technologie), Prof. Dr. Karen Pittel (ifo Institut für Wirtschaftsforschung) und Prof. Dr. Sabine Schlacke (Universität Greifswald). Das interdisziplinäre Team an Expert:innen wird von 2024 bis 2027 gezielt Schwerpunktthemen bearbeiten: die Entnahme und Speicherung von CO₂ aus der Atmosphäre (Carbon Dioxide Removal, CDR), innovative Konzepte und Technologien zur Dekarbonisierung im Gebäudebereich, Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie Multilevel-Governance und Klimaföderalismus als Herausforderungen des Klimarechts.

⁹ Abrufbar unter: <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/policybrief-2025-01>.

¹⁰ Abrufbar unter: <https://www.wissenschaftsplattform-klimaschutz.de/>.

Für das Jahr 2025 sind die Veröffentlichungen von beauftragten Studien geplant, sowie Policy Paper, die die Studienergebnisse in Kontext setzen und politische Handlungsempfehlungen geben. Im Oktober 2025 sollen die Zwischenergebnisse der Arbeit der WPKS mit Ressortvertreter:innen aus den zuständigen Ministerien in dem Format eines Policy Roundtables besprochen werden. Das IfEUS unterstützt die WPKS durch Prof. Dr. Sabine Schlacke mit Fachwissen zu Governance und wird diesen Forschungsschwerpunkt 2026/2027 behandeln.

2.3 RECHTSGUTACHTEN UND ÖFFENTLICHE ANHÖRUNGEN

RECHTSFRAGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER WIEDERVERNÄSSUNG VON MOOREN – UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DES RECHTS DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN

Intakte Landökosysteme wie Moore, Auen und Wälder sind wahre Klimaschützer! Ihre Vegetation und die Böden sind wertvolle Kohlenstoffspeicher und -senken. Ihre zügige Restaurierung scheitert aber oft an rechtlichen Hürden. Das neue Gutachten „Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Wiedervernässung von Mooren“ in der GMC-Schriftenreihe liefert dazu eine umfangreiche Analyse und zeigt mögliche Lösungsansätze für die Umsetzung von Moorklimaschutz auf.

Dieser ist ganz im Sinne des Aktionsprogrammes natürlicher Klimaschutz der Bundesregierung. Es zielt darauf ab, diese gefährdeten Ökosysteme zu schützen und zu stärken sowie rechtliche Hindernisse, die dem Schutz dieser wertvollen Gebiete im Wege stehen, zu verstehen und zu beseitigen. Beim Moorklimaschutz bilden Flächenverfügbarkeit, Planung und Genehmigung derzeit wesentliche Hürden für Wiedervernässung und Paludikulturvorhaben. Die Umsetzung ließe sich an vielen Stellen beschleunigen und erleichtern.

Prof. Dr. Sabine Schlacke und Prof. Dr. Michael Sauthoff stellten am 26.6.2024 in Berlin das Rechtsgutachten auf dem „Fachforum: Natürlichen Klimaschutz beschleunigen - Rechtliche Rahmenbedingungen verbessern“, das gemeinsam mit der DBU Deutsche Bundesstiftung Umwelt organisiert wurde, vor. Es wurde im Projekt „MoKKA - Moorklimaschutz durch Kapazitätsaufbau“, in dem die Michael Succow Stiftung, die Universität Greifswald und die Ostseestiftung zusammenarbeiten, erstellt.

SACHVERSTÄNDIGENANHÖRUNG

im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Deutschen Bundestages am 16.4.2024 zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeichereinrichtungen am selben Standort

Mit der Änderung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie vollzog die Europäische Union einen Paradigmenwechsel. Fungierte die Erneuerbare-Energien-Richtlinie zuvor als Förderinstrument des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, tritt nun auch ein Planungs- und Genehmigungsinstrument für Erneuerbare-Energien-Anlagen, Speicher- und Nebenanlagen hinzu: Beschleunigungsgebiete.

Die Grundidee hinter Beschleunigungsgebieten ist die folgende: Bei materiellen Entscheidungen der Behörden ist auf Genehmigungsebene von den grundlegenden Anforderungen des Habitat-, Arten- und Gewässerschutzes abzugehen, wenn das Vorhaben sich in einem Beschleunigungsgebiet für die bezeichneten Anlagen befindet. Diese Belange sollen bereits auf Planungs-/Ausweisungsebene mittels strategischer Umweltprüfung abgearbeitet werden.

Prof. Dr. Sabine Schlacke bewertete den entsprechenden Gesetzentwurf¹¹ hinsichtlich der planungsrechtlichen Anforderung an die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für Wind- und Solarenergieanlagen, insbesondere gem. §§ 249a, 249c BauGB-E und § 28 ROG-E. Die Umsetzung der komplexen Anforderungen des Unionsrechts gelinge recht gut. Auch die Integration des neuen Planungs- und Genehmigungsrahmens in geltende nationale Beschleunigungsgesetzgebung werde mit Verbesserungen

¹¹ BT-Drs. 20/12785.

ordentlich funktionieren, um tatsächlich den Beschleunigungseffekt zu gewährleisten. Problematisch würden die knappen Umsetzungsfristen sein.

2.4 EINGEWORBENE DRITTMITTEL

2. FÖRDERPHASE DER WISSENSCHAFTSPLATTFORM KLIMASCHUTZ (WPKS)

Prof. Dr. Sabine Schlacke ist erneut Mitglied der Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS). Die WPKS wird durch das BMBF von Juli 2024 bis Juni 2027 gefördert. Das IfEUS unterstützt die WPKS in deren zweiten Arbeitsphase durch Prof. Dr. Sabine Schlacke insbesondere mit Fachwissen zu Klima-Governance im Mehrebenensystem und Klimaföderalismus.

„MoorPower“

NACHHALTIGE UND INNOVATIVE PHOTOVOLTAIK-LÖSUNGEN FÜR WIEDERVERNÄSSTE MOORE

Für eine Laufzeit von Dezember 2024 bis Juni 2028 fördert das BMBF das Forschungsprojekt „Moor-Power“. Neben der Universität Hohenheim sowie dem Johann Heinrich von Thünen-Institut (Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei) sowie weiteren Partner:innen innerhalb der Universität Greifswald beteiligt sich auch das IfEUS an diesem Projekt.

“ISOLUME_legal”

IndicatorS Of changing Lightscapes in Underwater Marine Ecosystems – Legal Dimensions

Für das ISOLUME-Projekt ist eine Laufzeit vom 1.7.2025 bis zum 30.6.2028 vorgesehen. Die Universität Greifswald – und das IfEUS als Teil hiervon – kooperiert hierbei mit dem Leibniz-Institut für Ostseeforschung, dem Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, dem Plymouth Marine Laboratory, dem Norwegischen Institut für Wasserforschung, dem Institut für Ozeanologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften und den Universitäten Plymouth, Galway, Bergen, Malta sowie mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

2.5 STIPENDIEN

Frederick Qasem hat für den Zeitraum vom 1.1.2023 bis 30.6.2025 Drittmittel von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) eingeworben. Er ist damit Promotionsstipendiat der DBU, die mit einem Stifungskapital von rund zwei Milliarden Euro zu den größten Stiftungen Europas gehört. Die Promotion von Frederick Qasem befasst sich mit dem Thema: „Natur auf Zeit als naturschutzrechtliches Konzept zum Schutz der biologischen Vielfalt – Rechtlicher Rahmen und Gestaltungsperspektiven“. Von der DBU werden „hoch qualifizierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die Forschungsthemen mit klarem Bezug zu aktuellen Umwelt- und Naturschutzproblemen bearbeiten und mit ihrer Arbeit zur Lösung dieser Probleme beitragen“, gefördert.

2.6 FORSCHUNGSaufenthalte und sonstige aufenthalte

CONVENTION ON BIOLOGICAL DIVERSITY (CBD) – CONFERENCE OF THE PARTIES (COP) 16

Vom 21.10. bis 1.11.2024 fand die 16. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) in der kolumbianischen Stadt Cali statt. Die Verhandlungen wurden in Rom vom 25. bis 27.2.2025 abgeschlossen.

Die Konferenz diente der Konkretisierung des 2022 in Montréal beschlossenen Globalen Biodiversitätsrahmens (Global Biodiversity Framework, GBF). Im Zentrum der Verhandlungen stand insbesondere die Ausgestaltung eines multilateralen Mechanismus für den fairen und gerechten Vorteilsausgleich (benefit sharing), dem dritten Ziel der CBD, für die Nutzung digitaler Sequenzinformationen genetischer Ressourcen. Prof. Dr. Sabine Schlacke und Catharina Caspari haben als Mitglieder der Delegation der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) die Verhandlungen in Cali begleitet: Prof. Dr. Sabine Schlacke als Mitglied der Ständigen Senatskommission für Grundsatzfragen der biologischen Vielfalt (SKBV) der DFG und dort Vorsitzende der AG Access and Benefit Sharing (ABS) und Frau Caspari als wissenschaftliches Sekretariat der AG Access and Benefit Sharing. Prof. Dr. Sabine Schlacke hat darüber hinaus vor Ort im Rahmen des Science Policy Forum am 27.10.2024 auf einem international besetzten Panel zum Thema "Scientists' view on Digital Sequence Information and Access and Benefit Sharing" einen Vortrag zu den Erfahrungen der deutschen Biodiversitätsforschung aus zehn Jahren Nagoya-Protokoll und dessen heterogener Umsetzung gehalten.



© IFEUS

2.7 STUDIENGANG RECHTSWISSENSCHAFTEN: SCHWERPUNKT „UMWELT-, ENERGIE- UND INFRASTRUKTURECHT“

In dem von Prof. Dr. Sabine Schlacke zusammen mit Prof. Dr. Michael Sauthoff und Prof. Dr. Julius Buckler an der Universität Greifswald angebotenen Schwerpunkt „Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht“ werden examens- und praxisrelevante Themenbereiche des allgemeinen und besonderen Verwaltungsrechts forschungsnah erörtert und fortentwickelt. Insbesondere werden Überblicke und Vertiefungen im Umwelt-, Energie-, Klimaschutz-, Infrastruktur- und Planungsrecht unter Integration des Europa- und Völkerrechts angeboten. Überdies ist auch das unionale (Eigen-)Verwaltungsrecht, u. a. mit seinen wirtschafts- und umweltrechtlichen Bezügen, Gegenstand des Schwerpunkts. Ferner werden Steuerungsmöglichkeiten und -grenzen der Verwaltung in Theorie und Praxis vorgestellt und diskutiert.

Vom 3.5.2024 bis 5.5.2024 wurde das Schwerpunkt- und Doktorand:innenseminar im Gutshaus Ilow abgehalten. Während dieses Seminars stellten die Teilnehmenden des Schwerpunkts ihre Seminararbeiten vor und präsentierten dazu Vorträge. Überdies hatten die Doktorand:innen die Gelegenheit, den aktuellen Stand ihrer Dissertation vorzustellen und sich untereinander darüber auszutauschen. Für das Jahr 2025 im Mai ist die dritte Seminarfahrt geplant.



© IFEUS

2.8 EUROPEAN MOOT COURT ENVIRONMENTAL LAW (EMCEL)

7. EUROPEAN MOOT COURT ENVIRONMENTAL LAW (EMCEL) 2024

Acht Greifswalder Student:innen reisten im Rahmen des siebenten European Moot Court Environmental Law (EMCEL) 2024 mit anderen Teams aus den Niederlanden und Irland nach Brüssel zur Europäischen Kommission.

Ein Moot Court ist eine simulierte Gerichtsverhandlung, im Rahmen derer Studierende die Rollen von Unternehmen/Investor:innen, Verbänden, Individualbetroffenen und Anwält:innen einnehmen und mit hauptamtlichen Richter:innen einen umweltrechtlichen Fall verhandeln. Der European Moot Court Environmental Law fokussiert sich auf umweltbezogene Rechtsfragen mit unionsrechtlichen Bezügen. Nach nationalen Gerichtsverhandlungen folgt ein Rechtsvergleich zwischen studentischen Teams der teilnehmenden Mitgliedsstaaten. Dabei präsentieren die nationalen Teams ihre Ergebnisse und arbeiten Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede der mitgliedsstaatlichen Rechtsordnungen und die Umsetzungen europäischer Rechtsvorschriften heraus. Die Teilnehmenden des Moot Courts erhalten überdies die Gelegenheit, die gesammelten Erkenntnisse der Europäischen Kommission vorzustellen und mit dieser zu diskutieren.

Der diesjährige Fall hatte die sog. Nitrat- und Wasserrahmenrichtlinien der EU zum Gegenstand. Die Nitratrichtlinie schützt Grundwasser, Flüsse, Seen und Meere vor Verunreinigung durch Nitrat und legt u. a. Beschränkungen für den Einsatz von Düngemitteln fest. Die Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet die Länder dazu, Maßnahmenprogramme für jede Flussgebietseinheit zu erstellen, in denen Maßnahmen dargelegt werden, mit denen bis 2027 eine unionsrechtlich festgelegte Wasserqualität, bspw. auch hinsichtlich des Nitratgehalts im Grundwasser, erreicht wird. Problemschwerpunkt war die zunehmende Wasserverschmutzung in Deutschland und die Frage, ob man den Bund oder auch die Länder dazu verpflichten kann, ergänzende Maßnahmen im Rahmen eines deutschlandweit geltenden Aktionsprogramms oder eines Maßnahmenprogramms zu ergreifen, um dem entgegenzuwirken und die europäischen Zielsetzungen einzuhalten.

Bei der nationalen Verhandlung, die von Frau Prof. Dr. Schlacke, Herrn Prof. Dr. Sauthoff (Präsident a.D. OVG Greifswald) und Frau Prof. Dr. Grotefels geleitet wurde, stellten die insgesamt 13 teilnehmenden Studierenden, die den Fall aus Sicht der verschiedenen Kläger:innen und Beklagten vorbereitet hatten, ihre Schriftsätze vor und diskutierten gemeinsam über die umstrittenen Rechtsfragen. Die Studierenden Sara Walter und Nick Rödling präsentierten den vom Gericht gefassten Beschluss sodann den anderen Teams in einer Online-Veranstaltung und beantworteten deren Rückfragen.

Mit den daraus gewonnenen Einblicken reiste das Team um Sara Walter und Jonas Wollschläger, die den Vortrag des deutschen Teams übernahmen, nach Brüssel und trafen sich mit den Teams aus Dublin und Utrecht in der rechtlichen Abteilung der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission. Nachdem die Teams ihre Beschlüsse und die Ergebnisse des Rechtsvergleichs den Vertreter:innen der Europäischen Kommission präsentiert hatten, wurde gemeinsam unter der Leitung von Nicola Notaro, Referatsleiter der Abteilung für Einhaltung der Umweltvorschriften, diskutiert. Anschließend stellten die Vertreter der Europäischen Kommission die Generaldirektion vor und gaben spannende Einblicke in die Arbeitsweisen und den Aufbau ihrer Abteilung.

Nach dem Ende der Veranstaltung wurde gemeinsam das Europäische Parlament besichtigt und die Stadt Brüssel erkundet. Zum Abschluss bot ein gemeinsames Abendessen die Möglichkeit zum internationalen Austausch in entspannter Atmosphäre. Durch den Moot Court ergibt sich für die Studierenden die Gelegenheit, ihre argumentativen und rhetorischen Fertigkeiten zu verbessern sowie sich über die deutschen Grenzen hinweg vertieft mit interessanten umwelt- und unionsrechtlichen Fragestellungen zu beschäftigen und sich mit Studierenden aus ganz Europa zu vernetzen.

ÜBERGABE DER TEILNAHMEZERTIFIKATE DES EUROPEAN MOOT COURT ENVIRONMENTAL LAW (EMCEL) 2024

Eine besondere Anerkennung für die Leistung und das Engagement der Studierenden stellt die anschließende Übergabe der Zertifikate für die Teilnahme am European Moot Court Environmental Law (EMCEL) sowie des Nachweises über die Erlangung einer interdisziplinären Schlüsselqualifikation dar.



© IFEUS



© IFEUS

2.9 VERANSTALTUNGEN

GREIFSWALDER GESPRÄCHE ZUM ENERGIE-; UMWELT- UND SEERECHT

Im Jahr 2024 erweiterte das IfEUS seine Veranstaltungsreihe „Greifswalder Gespräche zum Energie-, Umwelt- und Seerecht“ um zwei Gespräche, die see- und energierechtliche Schwerpunkte besetzten. Die Greifswalder Gespräche zum Energie-, Umwelt- und Seerecht greifen aktuelle sowie unions-, bundes- und landesrechtlich relevante Themen und Fragestellungen des Energie-, Umwelt- und Seerechts auf. Fachvorträge bereiten diese Themen wissenschaftlich sowie praxis- und lösungsorientiert auf und dienen als Grundlage für ausführliche Diskussionen. Die in der Regel in einem halbjährlichen Turnus stattfindenden öffentlichen Fachveranstaltungen richten sich an Wissenschaft und Praxis, insbesondere an Verwaltung, Justiz, Anwaltschaft, Wirtschaft und Verbände.

6. Greifswalder Gespräch
(29.4.2024), Rostock



7. Greifswalder Gespräch
(22.10.2024), Greifswald



© IfEUS

6. GREIFSWALDER GESPRÄCH AM 29.4.2024, ROSTOCK (HYBRID)

In Kooperation mit dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) sowie dem Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) fand das 6. Greifswalder Gespräch am 29.4.2024 unter dem Titel „Licht und Schall als Herausforderung für das Meeresumweltrecht“ im BSH Rostock statt. Hierbei wurden die Auswirkungen der Schifffahrt, der Erzeugung von Strom sowie der Extraktion von Ressourcen auf die Meeresumwelt diskutiert und mögliche Lösungsansätze zur Bekämpfung dieser Problematik in den Fokus gestellt. Insbesondere bisher kaum thematisierte Komplexe wie die durch industrielle Nutzung entstehenden Lichtverschmutzungen über und im Meer und deren Folgen für die Biodiversität fanden Berücksichtigung. Die Veranstaltung reflektierte zudem den diesbezüglichen Forschungsstand, die Ausgestaltung des meeresumweltrechtlichen Rahmens sowie die Regulation der, die Biodiversität bedrohenden, Emissionen.

7. GREIFSWALDER GESPRÄCH AM 22.10.2024, GREIFSWALD (HYBRID)

Das 7. Greifswalder Gespräch am 22.10.2024 befasste sich mit dem Thema „Beschleunigungsgebiete und Mehrfachnutzung: Herausforderung für Raumordnung und Bauleitplanung“. Im Vordergrund der Veranstaltung stand hierbei zum einen die Ausweisung sog. Beschleunigungsgebiete infolge der Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (sog. „RED III“). Zum anderen wurde auch die Mehrfachnutzung von Flächen zur Schonung der Umwelt thematisiert. So waren insbesondere die geplanten Änderungen des Windenergieflächenbedarfsgesetzes, des Baugesetzbuchs sowie des Raumordnungs- und Bundes-Immissionsschutzgesetzes hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Windenergieflächenbedarfsplanung zu erläutern. Diskussionsbedarf bestand damit zudem hinsichtlich der zukünftigen Herausforderungen für die Planungspraxis und der Unionsrechtskonformität dieser Maßnahmen.

XXIII. DEUTSCH-POLNISCHES VERWALTUNGSKOLLOQUIUM IN GREIFSWALD

Im Zeitraum vom 8. bis zum 10.9.2024 fand das XXIII. Deutsch-Polnische Verwaltungskolloquium zum Thema „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) in Verwaltungsrecht und -praxis“ in Greifswald statt. Die Durchführung der traditionsträchtigen Veranstaltung oblag dieses Mal Prof. Dr. Sabine Schlacke (Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insb. Verwaltungs- und Umweltrecht, Universität Greifswald). Prof. Dr. Matthias Ruffert (Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Irena Lipowicz (Kardynał-Stefan-Wyszyński-Universität-Warschau) und Prof. Dr. Wojciech Piątek (Adam-Mickiewicz-Universität Posen) begleiteten die Organisation.



© IFEUS

Das Deutsch-Polnische Verwaltungskolloquium wird bereits seit den 1970er Jahren im Zwei-Jahres-Rhythmus alternierend in Deutschland und Polen, jeweils drei Tage lang im September, ausgetragen. Diese über 50 Jahre alte Tradition, die auch die schwierigen Zeiten des „Kalten Krieges“ und „Eisernen Vorhanges“ überdauert hat, verleiht der Veranstaltung den Status eines Unikats unter den binationalen Diskussionsforen. Von einem Refugium für sicheren und freien, hochkarätigen fachlichen Austausch im Öffentlichen Recht, mit dem Ziel, den wissenschaftlichen Dialog über alle Systemgrenzen hinweg und trotz der damit verbundenen Widrigkeiten nicht abreißen zu lassen, hat es sich zu einem prominenten Forum für grenzüberschreitenden Austausch mit festem Teilnehmer:innenkreis entwickelt.

Unter dem Titel „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) in Verwaltungsrecht und -praxis“ thematisierten insgesamt knapp 40 Wissenschaftler:innen aus Deutschland und Polen gemeinsam Herausforderungen und Lösungsoptionen, die sich im Zusammenhang mit der rasanten Entwicklung und dem zunehmenden Einsatz „lernender“ IT-Systeme im öffentlichen Recht stellen; beginnend mit dem Versuch einer (rechtlichen) Definition von KI über die Analyse der ersten gesetzgeberischen Bestrebungen, KI legislativ einzuhegen, hin zu Überlegungen betreffend bestehender und potentieller Einsatzfeldern von KI in Justiz, Verwaltung und Anwaltschaft. Wiederkehrender Topos aus polnischer und deutscher Perspektive war das Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit nach einem stärkeren Einsatz von Recht als KI- und Digitalisierung steuerndem, wertesetzendem Instrument einerseits und großen Ungewissheiten in tatsächlicher Hinsicht andererseits: So bedarf bspw. die EU-KI-Verordnung einer KI-Definition zwecks Festlegung des Anwendungsbereichs, der Begriff der KI wird in der Informatik allerdings uneinheitlich verwandt und beschreibt teilweise rechtlich nur sehr schwer einhegbare Prozesse.

Die Antworten aus Deutschland und Polen auf die identifizierten Fragen fielen zwar z. T. unterschiedlich aus. Die ihnen zugrundeliegenden Problemstellungen hingegen waren sowohl in tatsächlicher als auch rechtlicher Hinsicht, da regelmäßig unionsrechtlich überwölbt, weitgehend gleich. Dieser Befund macht auf eindrucksvolle Weise deutlich, wie sehr sich die Lebenswirklichkeiten und infolgedessen rechtliche Herausforderungen in beiden Ländern angeglichen haben – eine, kontrastiert mit der Situation, die während der Anfänge des Kolloquiums gegeben war, überaus bemerkenswerte Entwicklung, die insgesamt Mut macht, weiterhin gemeinsam Lösungen zu suchen und zu finden.

2.10 NEUERSCHEINUNGEN

KLIMASCHUTZRECHT¹²



Der Handkommentar Klimaschutzrecht erörtert, analysiert und bewertet hochaktuell das Bundes-KSG und die Landes-Klimaschutzgesetze, den EU-Emissionshandel II und das Brennstoffemissionshandelsgesetz, insbesondere wird

- in die völker- und unionsrechtlichen Grundlagen (u. a. die Änderungen durch das Fit-For-55%-Gesetzespaket) eingeführt,
- die Auswirkungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (u. a. Klimaschutzbeschluss, Landes-Klimaschutzgesetze und Windenergie-Beteiligungsgesellschaften) verarbeitet,
- das Bundes-KSG in der Fassung des Zweiten Änderungsgesetzes (2024) ausführlich kommentiert,
- der EU-Emissionshandel II umfassend vorgestellt, erörtert und bewertet,
- das BEHG unter Berücksichtigung der Änderungsgesetze zum BEHG umfänglich kommentiert und
- es werden die Anforderungen an Zertifikatspreise für CO₂ und Nachkauf erörtert.

Herausgegeben wird der Kommentar von Frau Professor Charlotte Kreuter-Kirchhof, Düsseldorfer Institut für Energierecht, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, und von Frau Professor Sabine Schlacke, Universität Greifswald.

(Klimaschutzrecht, Nomos, 1. Aufl. 2025, ISBN 978-3-8487-6807-3)

LANDESRECHT MECKLENBURG-VORPOMMERN¹³



Die 26. Auflage des Landesrechts Mecklenburg-Vorpommern, verfasst von Prof. Dr. Sabine Schlacke, Dr. Christine Farys und Dr. Christian Boden, enthält die maßgeblichen Normen Mecklenburg-Vorpommerns. In dieser aktuellen Ausgabe wurde insbesondere die umfangreiche Novellierung der Kommunalverfassung berücksichtigt. Diese erleichtert u. a. die digitale Kommunikation und Teilhabe an Sitzungen und stärkt die Rolle von Beiräten. Darüber hinaus wurde die Änderung im Landes- und Kommunalwahlgesetz, in deren Rahmen die Höchstaltersgrenze für kommunale Wahlbeamte gestrichen wurde, eingearbeitet. Schließlich erfolgten Anpassungen des E-Government-Gesetzes an die bundesgesetzliche Rechtslage sowie eine Novelierung des Landesplanungsgesetzes.

(Landesrecht M-V, Nomos, 26. Aufl. 2024, ISBN 978-3-7560-0926-8)

¹² Abrufbar unter: <https://www.nomos-shop.de/de/p/klimaschutzrecht-978-3-8487-6807-3>.

¹³ Abrufbar unter: <https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/landesrecht-mecklenburg-vorpommern-id-115867/>.

3. PUBLIKATIONEN UND VORTRÄGE 4/2024 – 3/2025

PROF. DR. SABINE SCHLACKE

- Monographien
 - Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Wiedervernässung von Mooren – unter besonderer Berücksichtigung des Rechts des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald Moor Centrum-Schriftenreihe 02/2024, 2024, S. 1-199 (zusammen mit Michael Sauthoff).
 - Zur Doppelnutzung von Flächen: Freiflächen-Solarenergieanlagen in Windenergiegebieten – Eine anwendungsorientierte, rechtsgutachterliche Untersuchung, Rechtsgutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, abrufbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/freiflaechen-solarenergieanlagen-in-windenergiegebieten.pdf#msdynt-trid=SM180aeuUmhPvXeqcHLmoaOz0pmsQUINjBbKyamIc2A>.
- Gesetzessammlungen
 - Landesrecht Mecklenburg-Vorpommern, Textsammlung, 26. Aufl., Baden-Baden 2024, 916 S. (zusammen mit Christine Farys und Christian Boden).
- Kommentierungen:
 - Kommentierung des Klimaschutzgesetzes (§ 4 (zusammen mit Claudio Franzius), §§ 5, 5a, 6, 7, 13, 14, 15, 16 (eigenständig), §§ 9 und 10 (zusammen mit Anika Klafki), in: Kreuter-Kirchhof, Charlotte/Schlacke, Sabine (Hrsg.), Klimaschutzrecht, 2025 (i.E.).
 - Kommentierung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (§§ 1-8, S. 1595-1685) und zum Überindividuellen Rechtsschutz (§ 42 Abs. 2 Hs. 1 VwGO, S. 254-265), in: Gärditz, Klaus Ferdinand (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung mit Nebengesetzen, 3. Aufl., Köln 2026 (i.E.).
- Aufsätze/Beiträge in Sammelwerken:
 - Instrumente des Klimaschutzrechts, in: Krönke, Christoph/Wolff, Daniel, Verwaltung der Klimakrise – Die Vermessung des Klimaverwaltungsrechts, 16 MS (i.E.).
 - § 207 Organisationsrechtliche Fragen der Klimaverwaltung (zusammen mit Thorsten Müller), in: Kahl, Wolfgang/Ludwigs, Markus (Hrsg.), Handbuch des Verwaltungsrechts, Bd. 8, 2024, S. 855-876.
 - Water in a Heated World, ACS ES&T 2025, A-D (zusammen mit Jörg E. Drewes,* Alexander Bassen, Markus Fischer, Anna-Katharina Hornidge, Karen Pittel, Hans-Otto Pörtner, Claudia Traidl-Hoffmann, Anke Weidenkaff, Mareike Blum, Kerstin Burghaus, Jonas Geschke, Tallulah Gundelach, Matti Gurreck, Rüdiger Haum, Sarah Löpelt, Katharina Michael, Alexander Mitranescu, Katharina Molitor, Jürgen Orasche, Benno Pilardeaux, Jan Siegmeier, Marion Schulte zu Berge, Dominique Schüpfer, Astrid Schulz, and Finn Wendland), abrufbar unter: <https://doi.org/10.1021/acsestwater.5c00088>.
 - Wasserrechtliche Fragen für die Moorwiedervernässung, NuR (i.E., zusammen mit Michael Sauthoff).
 - Governance und KSG – Befund und Perspektiven, in: Böhm, Monika/Ludwigs, Markus/Reimer, Franz, Governance und gute Rechtsetzung in der Energiewende, 2025, S. 37-58.
 - Die Wiedervernässung von Mooren – Rechtliche Grundlagen und rechtspolitische Empfehlungen, ZUR 2025, S. 14-22 (zusammen mit Michael Sauthoff).
 - Flächenverfügbarkeit für die Wiedervernässung von Mooren, AUR 2024, S. 446-455 (zusammen mit Michael Sauthoff).
 - Multifunktionale Flächennutzung: Potentiale und Grenzen des Raumordnungsrechts, ZUR 2024, S. 323-331 (zusammen mit Christoph Plate).
 - Multifunktionale Flächennutzung: Potentiale und Grenzen des Raumordnungsrechts, in: Schlacke, Sabine (Hrsg.), Multifunktionalität von Flächen – Symposium des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster am 6. November 2023, 2024, S. 83-107.
 - Erfolgreiche Verbandsklagen für den Klimaschutz: Deutschland muss Sofortprogramme erlassen, NVwZ 2024, S. 564-569.
 - Die Anwendung der projektbezogenen Umweltverträglichkeitsprüfung und der strategischen Umweltprüfung im deutschen Recht, in: Ruffert, Matthias/Wißmann, Hinnerk, XXII.

Deutsch-Polnisches Verwaltungskolloquium: Klimaschutz als Herausforderung für das Verwaltungsrecht in Europa, 2024, S. 99-122.

- Standpunkte und Essays:
 - WBGU 2024: klimaresiliente Wasserstrategien auf allen Politikebenen erforderlich, ZUR 2025, S. 65-66 (zusammen mit Jörg E. Drewes).
- Stellungnahmen:
 - Zur Doppelnutzung von Flächen: Freiflächen-Solarenergieanlagen in Windenergiegebieten – Eine anwendungsorientierte, rechtsgutachterliche Untersuchung, Greifswald 2024, 59 S.
- Mitautorenschaften:
 - Wasser in einer aufgeheizten Welt, WBGU (Hrsg.), Berlin 2024, 282 S.
 - Biodiversität: Jetzt dringend handeln für Natur und Mensch, Politikpapier 13, WBGU (Hrsg.), Berlin 2024, 21 S.
- Vorträge/Sachverständigenanhörungen/Impulse:
 - Rechtliche Grundlagen der Wiedervernässung von Mooren, Münsteraner Gespräche zum Umwelt- und Planungsrecht: EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, Zentralinstitut für Raumplanung (ZIR), 19.2.2025 (online).
 - Auf dem Pfad zur Klimaneutralität, Vortrag im Rahmen der „Universität im Rathaus“, Stadt Greifswald/Universität Greifswald, 6.1.2025.
 - Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Wiedervernässung von Mooren, Succow Stiftung: Paludikultur-Workshop, 5.12.2024 (online).
 - Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Wiedervernässung von Mooren, Behördenworkshop M-V, Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, Ländliche Räume und Umwelt, 5.12.2024 (online).
 - Klimaschutz: aktuelle Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung, Jahresarbeitsstagung der Verwaltungsgerichtsbarkeit Mecklenburg-Vorpommern, 21./22.11.2024, Güstrow.
 - BBNJ – challenges for concretisation and implementation, Biodiversität im Blauen Ozean (BBO)-Cluster Kick Off Meeting, Helmholtz Institute for Functional Marine Biodiversity (HIFMB)/Universität Rostock, 6.11.2024 (online).
 - A decade after the Nagoya Protocol – German biodiversity researchers' perspective, Science Policy Forum, Vertragsstaatenkonferenz der CBD COP 16, 27.10.2024, Cali (Kolumbien).
 - Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Deutschen Bundestags am 16.10.2024 zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeichieranlagen am selben Standort, BT-Drs. 20/12785, 13253; schriftliche Stellungnahme Sabine Schlacke: A-Drs. 20(25)705.
 - Beschleunigungsgebiete nach der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED III), Hybrid-Veranstaltung „Städtebau und Recht“ des Deutschen Instituts für Städtebau, 26.9.2024, Berlin.
 - Vorstellung: Untersuchung zur Doppelnutzung von Flächen zugunsten von Wind und Solar, 5. Online-Seminar, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE) und NRW.Energy4Climate GmbH, 14.8.2024 (online).
 - Instrumente des Klimaschutzrechts, Verwaltung der Klimakrise. Die Vermessung des Klimaverwaltungsrechts. Symposium anlässlich des 60. Geburtstags von Prof. Dr. Martin Burgi, Akademie für Politische Bildung, 19.-20.7.2024, Tutzing.
 - Präsentation des Rechtsgutachtens „Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Wiedervernässung von Mooren – unter besonderer Berücksichtigung des Rechts des Landes Mecklenburg-Vorpommern“, Fachforum: Natürlichen Klimaschutz beschleunigen – Rechtliche Rahmenbedingungen verbessern, Greifswald Moor Centrum/Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Berlin, 26.6.2024.
 - Auf dem Pfad zur Klimaneutralität: rechtliche und rechtswissenschaftliche Beiträge, Klimaaktionswoche-Greifswald, Greifswald, 4.6.2024.

- Vorstellung des WBGU-Gutachtens „Gesund leben auf einer gesunden Erde“, 28. Netzwerkkonferenz: Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft im Gesundheitswesen (ne-ress.de), Berlin, 3.6.2024.
 - Gesund leben auf einer gesunden Erde, Umweltkonferenz „Heute für morgen!“ der Bundestagsfraktion Die Grünen, Workshop 7: Umwelt und Gesundheit, Berlin, 24.4.2024.
- Podcast/Interview
 - Paradigmenwechsel beim Klimaschutz (Interview), NJW-aktuell 26/2024, 12-13.

PROF. DR. MICHAEL SAUTHOFF

- Monographien
 - Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Wiedervernässung von Mooren – unter besonderer Berücksichtigung des Rechts des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald Moor Centrum-Schriftenreihe 02/2024, 2024, S. 1-199 (zusammen mit Sabine Schlacke).
- Handbücher
 - „Straßenplanung“ in: Ziekow (Hrsg.), Praxis des Fachplanungsrechts, 3. Aufl. München, 2024, 783 S.
- Aufsätze:
 - Wasserrechtliche Fragen für die Moorbewirtschaftung, NuR (i.E., zusammen mit Sabine Schlacke).
 - Die Wiedervernässung von Mooren – Rechtliche Grundlagen und rechtspolitische Empfehlungen, ZUR 2025, S. 14-22 (zusammen mit Sabine Schlacke).
 - Flächenverfügbarkeit für die Wiedervernässung von Mooren, AUR 2024, S. 446-455 (zusammen mit Sabine Schlacke).
 - Aktuelle Entwicklungen im Straßenrecht, NwZ-RR 2025, S. 121-128.
 - Straßen und Wege in Norddeutschland, NordÖR 2024, S. 341-357.
- Vorträge/Seminare:
 - Warener Baurechtstage: Aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und der Obergerichte zum öffentlichen Baurecht, Veranstalter vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., 6.12.2024.
 - Radverkehr aktuell: Förderung des Radverkehrs, Veranstalter: vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., 24.1.2025.
 - Bundesvereinigung Öffentliches Recht BÖR e.V., Der Rechtsschutz in Umweltsachen - System des Umweltrechtsbehelfsgesetzes, Seminar am 14.5.2024.
 - Klimaschutz in der Bauleitplanung, Kommunales Studieninstitut MV e.V., Seminar am 8.10.2024 (zusammen mit H. v. Nicolai).
 - Planung und Genehmigung von PV-Anlagen, Kommunales Studieninstitut MV e.V., Seminar am 21.11.2024.

CATHARINA CASPARI

- Aufsätze:
 - Internationales Biodiversitätsrecht: Tragen die Ergebnisse der CBD COP 16 zur Erreichung der globalen Biodiversitätsziele bei?, ZUR 2025, i.E. (zusammen mit Sabine Schlacke).
 - DSI – What?!, Blogbeitrag, 1.11.2024.
- Vorträge/Podiumsdiskussionen
 - Rethinking Nagoya: eine Bewertung des Protokolls aus der Sicht der Biodiversitätsforschung, Kurzvortrag i.R.d. Webinars "Nagoya-Protokoll – Grundlagen, Entwicklungen und Erfahrungen" des Innovationsraums NewFoodSystems (Max Rubner-Institut – Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel) und des German Nagoya Protocol HuB, 28.11.2024 (online).
 - "Fließende Rechte – Gespräche über die Rechte der Natur", Paneldiskussion in der Spore Initiative Berlin, 14.9.2024, Berlin.

TIM HEIDLER

- Aufsätze:
 - Annäherung an das Bundes-Klimaanpassungsgesetz unter besonderer Berücksichtigung kommunaler Klimaanpassungskonzepte, Blogbeitrag, 13.9.2024.
 - Sechstes Greifswalder Gespräch: Licht und Schall als Herausforderungen für das Meeresumweltrecht, ZUR 2024, S. 440-442.
 - Fünftes Greifswalder Gespräch: Aktuelle Entwicklungen der Klimaschutzgesetzgebung: Stand und Perspektiven, NVwZ 2024, S. 490–491.

LUCAS HENNICKE

- Aufsätze:
 - Access and Benefit-sharing (ABS) in der Praxis: Was muss, was kann getan werden?, NuL 2024, S. 109-117 (zusammen mit Frederick Qasem und Ricardo Gent).

CHRISTOPH PLATE

- Aufsätze:
 - Multifunktionale Flächennutzung: Potentiale und Grenzen des Raumordnungsrechts, ZUR 2024, S. 323-331 (zusammen mit Sabine Schlacke).
 - Multifunktionale Flächennutzung: Potentiale und Grenzen des Raumordnungsrechts, in: Schlacke, Sabine (Hrsg.), Multifunktionalität von Flächen – Symposium des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster am 6.11.2023, 2024, S. 83-107 (zusammen mit Sabine Schlacke).
 - Beschleunigung des WEA-Ausbaus: Befund, Umsetzung, role model – eine Zwischenbilanz, NVwZ 2025 (iE) (zusammen mit Sabine und Schlacke und Eva Thierjung).

DAVID PLATTNER

- Aufsätze:
 - Straßenrecht und Klimaschutz, NordÖR 2024, S. 221-231.
- Vorträge:
 - Konfliktbehaftete Mobilität: Voraussetzungen einer effektiven integrativ-planerischen Steuerung von Nutzungskonflikten im öffentlichen Straßenraum, ARL-Kongress „Zukunft jetzt! – Die sozial-ökologische Transformation gestalten“, 28.3.2025.

FREDERICK QASEM

- Aufsätze:
 - Ad Legendum 2024, 8 (zusammen mit Wimmer und Lucas Henricke).
 - Access and Benefit-sharing (ABS) in der Praxis: Was muss, was kann getan werden?, NuL 2024, S. 109-117 (zusammen mit Lucas Henricke und Ricardo Gent).
 - 6. Greifswalder Gespräch: Licht und Schall als Herausforderung für das Meeresumweltrecht, NordÖR 2024, S. 291-292.
 - Naturwiederherstellung am Beispiel von Moorflächen, ZUR 2025, S. 3 (zusammen mit Jakob Rehder).
- Vorträge
 - Die EU-Wiederherstellungsverordnung - Eine Einführung in ihre Ziele und Instrumente, 15. Fachgespräch des VUR/ZUR, 28.3.2025.

EVA-MARIA THIERJUNG

- Aufsätze:
 - Einführung, in: Kreuter-Kirchhof/Schlacke (Hrsg.), Klimaschutzrecht: KSG/EU-Emissionshandel II/BEHG, Handkommentar, 2025 (i.E.) (zusammen mit Sabine Schlacke) (Kommentierung).
 - Beschleunigung des WEA-Ausbaus: Befund, Umsetzung, role model – eine Zwischenbilanz, NvWZ 2025 (i.E.) (zusammen mit Sabine Schlacke und Christoph Plate).
 - Erleichterungen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien durch die EU-Notfall-Verordnung und weitere Änderungen im Umweltrecht, DVBl. 2024, 524.
- Standpunkte und Essays:
 - Gloss on the judgment of the Higher Court of Lawyers (Anwaltsgerichtshof) of the Land of North Rhine-Westphalia, judgment of 11 November 2015 – 1 AGH 23/15, Studia Prawa Publicznego (i.E.).
 - Konsens oder Gemischtwarenladen: Die (Un-)Einigkeit der Mitgliedstaaten bei der „Energiesicherheit“ im Bereich Strom vor dem Hintergrund der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, Blogbeitrag, 18.2.2025.
- Vorträge:
 - Erleichterungen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien durch die EU-Notfall-Verordnung und weitere Änderungen im Umweltrecht, Forums Planungsrecht der Akademie für Raumentwicklung der Leibniz-Gesellschaft „Die Planung der Energieerzeugung an Land“, Berlin 24.11.2023.

4. AUSBLICK

Am 20.6.2025 wird das 8. Greifswalder Gespräch mit dem Titel „Marine Biodiversität und maritime Nutzungen: rechtliche Steuerung (EU RED III und UN-BBNJ)“ in Rostock in Kooperation mit dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) und dem Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) stattfinden. Das 9. Greifswalder Gespräch findet hingegen wieder in Greifswald im Oktober 2025 statt.

Im Sommersemester 2025 veranstaltet das IfEUS eine elfteilige Ringvorlesung unter dem Titel „Klimaschutz in Zeiten des Wandels – Welche Rolle spielt das Recht?“. Die Veranstaltungsreihe wird in die Vorlesung „Umweltrecht Besonderer Teil“ inkludiert. Hochschullehrer:innen aus Rechtswissenschaft, Ökonomie und Naturwissenschaften sowie Praktiker:innen aus der Verwaltung, Justiz und Anwaltschaft diskutieren internationale, europäische und nationale Klimaschutzziele, Instrumente des Klimaschutzrechts, die Organisation der Klimaverwaltung sowie (strategischen) Rechtsschutz.

Vom 9.5. bis zum 11.5.2025 wird das dritte Schwerpunkt- und Doktorand:innenseminar im Gutshaus Ilow stattfinden. Teilnehmende des Schwerpunktes werden ihre Seminararbeit im Rahmen eines Vortrages vorstellen. Ebenso werden Doktorand:innen über den aktuellen Stand ihrer Dissertation vortragen und miteinander darüber in den Austausch kommen.

Mit dem „European Moot Court Environmental Law 2025“ fördert das IfEUS auch in diesem Jahr den Austausch zwischen europäischen Studierenden und ermöglicht diesen gleichzeitig, auf der Schnittstelle von Praxis, Wissenschaft und Lehre einen spannenden umweltrechtlichen Fall rechtsvergleichend zu untersuchen.

5. ANAHANG

Anmeldung

Anmeldungen (postalisch oder digital) erbeten bis zum 23. Juni 2025 an das

Institut für Energie-, Umwelt- und Seerecht (IfEUS)

Ernst-Lohmeyer-Platz 1, 17489 Greifswald

Telefon +49 3834 420 2100

ifeus@uni-greifswald.de

www.uni-greifswald.de/ifeus

Die Anmeldung erfolgt über das [Anmeldeformular](#) auf unserer Website oder per E-Mail. Bitte geben Sie an, ob Sie in Präsenz oder digital teilnehmen sowie Ihre E-Mail-Adresse, über die wir Ihnen den Einladungslink sowie weiterführende Informationen zukommen lassen können.

Tagungsort

Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW)
Seestraße 15, 18119 Rostock

Veranstalter*innen

Prof. Dr. Sabine Schlacke | Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Umwelt-, Energie- und Seerecht (IfEUS)
Helge Heegewaldt | Präsident des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH)
Prof. Dr. Oliver Zielinski | Direktor des Leibniz-Instituts für Ostseeforschung Warnemünde (IOW)

Tagungsbeitrag

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Organisation

Jana Prieß und Johann Glawe

Marine Biodiversität gerät immer stärker in den Fokus rechtlicher Regulierung: Die EU-Erneuerbare Energien-Richtlinie (Renewable Energy Directive „RED“ III) zielt auf eine beschleunigte Transformation des Energiesystems hin zur Klimaneutralität. So verlangt sie die Identifizierung und Ausweisung von Beschleunigungsgebieten zugunsten von Offshore-Erneuerbaren-Energien-Anlagen unter Berücksichtigung mariner Biodiversität. Zugleich hat die EU mit der Wiederherstellungsverordnung 2024/1991 rechtlich verbindliche Anforderungen an die langfristige und nachhaltige Erholung biodiverser und widerstandsfähiger Ökosysteme durch ein 20%-Wiederherstellungsziel für Meeresflächen der Mitgliedstaaten gesetzt. Mit dem UN-Hochseeabkommen „Biodiversity Beyond National Jurisdiction (BBNJ)“ wird die Biodiversität in der Hohen See gestärkt.

Wie das Spannungsverhältnis zwischen marinem Biodiversitätsschutz und maritimen Nutzungen, insbesondere im Rahmen des Offshore-Windenergieausbaus, rechtlich austariert wird, ist Gegenstand und zentrale Fragestellung des 8. Greifswalder Gesprächs zum Energie-, Umwelt- und Seerecht. Insbesondere ist dies im Hinblick auf die noch ausstehende Umsetzung dieser Rechtsakte in deutsches Recht zu diskutieren.

Zur Veranstaltungsreihe

Die Veranstaltungsreihe „Greifswalder Gespräche“ greift aktuelle sowie unions-, bundes- und landesrechtlich relevante Themen und Fragestellungen des Energie-, Umwelt- und Seerechts auf. Fachvorträge bereiten diese Themen wissenschaftlich sowie praxis- und lösungsorientiert auf und dienen als Grundlage für ausführliche Diskussionen. Die in der Regel in einem halbjährlichen Turnus stattfindenden öffentlichen Fachveranstaltungen richten sich an Wissenschaft und Praxis, insbesondere Verwaltung, Justiz, Anwaltschaft, Wirtschaft und Verbände.

Anfahrtsbeschreibung

Per Bahn: Aus Richtung Berlin und Hamburg kommend, fahren Sie bis Rostock Hauptbahnhof. Von dort aus benutzen Sie bitte die S-Bahn in Richtung Warnemünde. Das IOW ist vom Warnemünder S-Bahnhof aus zu Fuß in 10 Minuten zu erreichen.

Per Pkw: Aus Richtung Hamburg kommend auf der A20 bis Abfahrt Rostock-West, dort auf die B103 Richtung Warnemünde. Aus Richtung Berlin kommend auf der A19 bis Kreuz Rostock, dann auf der A20 in Richtung Lübeck bis Abfahrt Rostock-West, dort auf die B103 Richtung Warnemünde. Am Ortseingang Warnemünde links in die Richard-Wagner-Straße einbiegen.

Ein Lageplan ist abrufbar unter:

<https://www.io-warnemuende.de/lageplan.html>

16:30 Uhr Begrüßung

Prof. Dr. Oliver Zielinski,
Direktor des Leibniz-Instituts für Ostseeforschung Warnemünde (IOW)

Helge Heegewaldt,
Präsident des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH)

Prof. Dr. Sabine Schlacke,
Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Energie-, Umwelt- und Seerecht (IfEUS),
Universität Greifswald

16:45 Uhr Grußwort

Schirmherr Dr. Till Backhaus,
Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft,
ländliche Räume und Umwelt MV

17:00 Uhr Sandflächen in der Ostsee:

ein vielfältiger Küstenlebensraum
Prof. Dr. Maren Voß, IOW

17:30 Uhr Diskussion

Moderation:
Prof. Dr. Oliver Zielinski, IOW



UNIVERSITÄT GREIFSWALD
Wissen lockt. Seit 1456



Greifswalder Gespräche zum
Energie-, Umwelt- und Seerecht

**Marine Biodiversität und marine
Nutzungen: rechtliche Steuerung
(EU RED III und UN-BBNJ)
Montag, 30. Juni 2025**

Leibniz-Institut für Ostseeforschung
Warnemünde (IOW)
Seestraße 15, 18119 Rostock



Hybridveranstaltung



17:45 Uhr Pause

18:00 Uhr **RED III: Ausbau der Offshore-Windenergie und Biodiversitätsschutz**
Dr. Kai Trümpler,
Leiter der Unterabteilung 01
(Räumliche Planung), BSH

18:30 Uhr **Diskussion**
Moderation:
Prof. Dr. Sabine Schlacke, IfEUS

18:45 Uhr **Biodiversity Beyond National Jurisdiction (BBNJ): das UN-Hochseeabkommen und die Umsetzung in Deutschland**
Dr. Ralph Bodle, LL.M.,
Ecologic Institut, Berlin

19:15 Uhr **Abschlussdiskussion**
Moderation:
Helge Heegewaldt, BSH

19:30 Uhr **Empfang mit Imbiss**

Sommersemester 2025
Dienstag, 16 – 18 Uhr c. t.
Universität Greifswald
Hörsaal 1.22, ELP 1

UNIVERSITÄT GREIFSWALD
Wissen lockt. Seit 1456



Ringvorlesung: Klimaschutz in Zeiten des Wandels – Welche Rolle spielt das Recht?

© Sansert Sangsakawat

I. Klimaschutzziele – international, europäisch und national

15.04.2025 | Internationales Klimaschutzrecht und deutsche Klimaaußenpolitik

Dr. Karsten Sach, Beirat Stiftung Klimaneutralität, Berlin | Norbert Gorißen, ehem. stellv. Sonderbeauftragter für int. Klimapolitik des AA, Berlin

22.04.2025 | EU-Klimaschutzziele, insbesondere Negativemissionen

Dr. Michael Pahle, AG-Leiter Potsdam Institut für Klimafolgenforschung | PD Dr. Till Markus, LL.M. (Rotterdam), UFZ Leipzig/Universität Bremen

13.05.2025 | Deutsche Klimaschutzziele – Stand und Perspektiven

MinDir Berthold Goeke, AL BMWK, Berlin | Prof. Dr. Andreas Löschel, Universität Bochum

II. Instrumente des Klimaschutzrechts

27.05.2025 | Klimaschutzprogramm und Klimaschutzplan: Instrumentenausfall im Klimaschutzgesetz?

Prof. Dr. Sabine Schlacke, IfEUS/Universität Greifswald | RA Prof. Dr. Remo Klinger, Kanzlei Geulen & Klinger, Berlin

03.06.2025 | Klimaschutz im Gebäudebereich

Dr. Jörg Wagner, UAL BMWK, Berlin | Prof. Dr. Martin Wickel, HafenCity Universität Hamburg

10.06.2025 | Natürlicher Klimaschutz und Klimaschutzgesetz

Dr. Franziska Tanneberger, Leiterin Greifswald Moorzentrum | Dr. Jochen Gebauer, AL BMUV, Berlin

17.06.2025 | Klimaschutz im Verkehrsbereich

Prof. Dr. Michael Sauthoff, IfEUS/Universität Greifswald | RA Dr. Hubertus Baumeister, Kanzlei BBG, Bremen

III. Organisation der Klimaverwaltung

24.06.2025 | Bundesverwaltung als Klimaverwaltung?

Prof. Dr. Claudio Franzius, Universität Bremen | Prof. Dr. Thorsten Müller, Wissenschaftlicher Leiter Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg

01.07.2025 | Klimaverwaltung durch Expertenräte

Prof. Dr. Wolfgang Köck, UFZ Leipzig/Universität Leipzig | Prof. Dr. Christian Flachsland, Hertie School Centre for Sustainability, Berlin

IV. Klimaschutz und (strategischer) Rechtsschutz

08.07.2025 | Menschen- und Grundrechtsschutz zur Durchsetzung von Klimazielen

Prof. Dr. Angela Schwerdtfeger, Universität Göttingen | RA'in und RiHmbVerfG Dr. Roda Verheyen, Rechtsanwälte Günther, Hamburg

15.07.2025 | Klimaverbandsklagen

RA Dr. Martin Wiesmann, Baumann Rechtsanwälte, Leipzig | Vors. Ri'in BVerwG Prof. Dr. Ulrike Bick, Leipzig

Öffentliche
Präsenzveranstaltung
– digitale Teilnahme
möglich –



Für weiterführende
Informationen sowie zur
digitalen Anmeldung
bitte den QR-Code
scannen.



Impressum

Herausgeber:
Institut für Energie-, Umwelt- und Seerecht,
Universität Greifswald

Prof. Dr. Sabine Schlacke

Redaktion und Layout:
Johann Friedrich Glawe

Kontakt:
Telefon: +49 3834 420 2100
E-Mail: ifeus@uni-greifswald.de

Druck: Kiebu-Druck GmbH

Auflage: 200

Erscheinungsort:
Universitäts- und Hansestadt Greifswald

